

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 71 (1977)
Heft: 2

Artikel: Strahlenbelastung viel höher als behauptet : eine Untersuchung der amtlichen Umgebungsüberwachung : schwere Vorwürfe erhoben ; Zusammenfassung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142628>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gesundheitswesens in den Industrieländern zeigt, daß einige grundlegende Verbesserungen verhältnismäßig einfache Ursachen hatten, zum Beispiel die Einrichtung von geschlossenen Toilettensystemen anstelle offener Abwassergräben, und daß die meisten dieser Fortschritte nur unter dem Druck der öffentlichen Nachfrage Wirklichkeit wurden. Andere einfache Techniken, um die es jetzt bei der Lösung weltweiter Probleme geht, sind neue Methoden zum Aufgraben von Quellen, wenn keine maschinellen Bohrvorrichtungen zur Verfügung stehen oder die Entwicklung einer einfachen windgetriebenen Pumpe, die jeder Dorfschmied herstellen kann. Zu den wichtigsten ersten Schritten gehört die Erziehung zur persönlichen Hygiene, die ohne den Zugang zu sauberem Wasser und anderen gesundheitsfördernden Maßnahmen ins Leere gehen würde. In den Städten, wo Schulen und Krankenhäuser sind und wenigstens zum Teil für Wasser und Abwasserbeseitigung gesorgt ist, mag eine solche Erziehung durchführbar sein. Erheblich schwerer ist sie in ländlichen Gebieten, weil dort die Probleme der langen Wege und das Fehlen von ausgebildetem Personal und Kapital manche Hürden aufstellen.

Viele Menschen der Dritten Welt, die sich mit diesen Fragen beschäftigen, haben begriffen, daß die richtige Auswahl von Technologie nach den Möglichkeiten der jeweiligen Situation äußerst wichtig ist. Jetzt geht es darum, technologische Methoden auch an Ort und Stelle mit den geringsten möglichen Kosten einzusetzen. In diesem Zusammenhang breitet sich die Idee freiwilliger Helfer aus, die man in Analogie zu den «Barfuß-Aerzten» als «Barfuß-Wasseringenieure» bezeichnen könnte. Regierungen, die öffentliche Gesundheit bei ihrer ländlichen Bevölkerung verbessern wollen, werden um diese sozialpolitische Entscheidung bei der Verbesserung der Wasserversorgung nicht herumkommen.

Simon Watt

Aus: «Forum Vereinte Nationen», Dez. 1976

Strahlenbelastung viel höher als behauptet

Eine Untersuchung der amtlichen Umgebungsüberwachung Schwere Vorwürfe erhoben

Die Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg hat kürzlich die Ergebnisse einer Untersuchung veröffentlicht, welche die offiziellen Behauptungen prüfte, daß in der Umgebung kerntechnischer Anlagen die zulässigen Grenzwerte für Radioaktivität nirgends

überschritten würden und die tatsächlichen Belastungen weit unterhalb der Grenzwerte lägen. Es wurden vor allem die amtlichen Jahresberichte der Umgebungsüberwachung des Kernkraftwerks Obrigheim und des Kernforschungszentrums Karlsruhe analysiert, wobei man zu erschreckenden Feststellungen über die Tätigkeit einiger Ueberwachungsbehörden kam.

Die Arbeit, von Dieter Teufel redigiert, ist zu wissenschaftlich, um in der NP abgedruckt zu werden. Wir beschränken uns auf die Wiedergabe der Schlußfolgerungen und warten auf das Echo bei den Verantwortlichen, denen schwere Leichtfertigkeit und Schlimmeres vorzuwerfen ist, wenn die Feststellungen nicht entkräftet werden können*.

Die Redaktion

Zusammenfassung

1. Die bisher angewandten meteorologischen Ausbreitungsrechnungen zur Ermittlung der Strahlenbelastung in der Umgebung kerntechnischer Anlagen waren zu optimistisch. Die Durchführung realistischerer Rechnungen ergibt um den Faktor 3—6 höhere Werte.

2. Die Strahlenbelastung in der Umgebung des Kernkraftwerkes Obrigheim lag in den letzten Jahren, nicht wie bisher angegeben, bei maximal 1 mrem/a, sondern allein die *äußere* Strahlenbelastung (ohne inkorporierte Radionuklide) zwischen 50 und 250 mrem/a.

3. In Wasserpflanzen des Neckars unterhalb des Kernkraftwerkes zeigen sich zum Teil erhebliche Anreicherungen künstlicher Radionuklide.

4. Aehnliche Anreicherungen finden sich in Fischen des Neckars. In einigen Fischproben liegt der Gehalt an Co-60 2- bis 6fach höher als der zulässige Gehalt von Co-60 in Abwasser.

5. Zählrohrmessungen in der Umgebung des Karlsruher Reaktors FR 2 zeigen einen deutlichen Einfluß der radioaktiven Abgase dieses Reaktors. Aus den Meßergebnissen läßt sich ableiten, daß der Grenzwert der neuen Strahlenschutzverordnung für die zulässige Konzentration von Argon-41 in Luft in der Nähe dieses Reaktors praktisch dauernd überschritten wird.

6. Außerhalb des Kernforschungszentrums Karlsruhe traten in den letzten Jahren, hervorgerufen durch Ueberfüllung des Lagers für radioaktiven Müll, Strahlenbelastungen zwischen 260 und 1750 mrem/a auf.

7. Der Gehalt an Radioaktivität in Karlsruher Niederschlagsproben

* Quellennachweis: Dieter Teufel, Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg: Radioaktive Kontaminationen in der Umgebung kerntechnischer Anlagen — Analyse der amtlichen Umgebungsüberwachung, Heidelberg, September 1976.

zeigt sehr starke Schwankungen. Es treten Konzentrationen auf, die um den Faktor 30 über dem maximalen Monatsmittelwert der Meßstellen des Deutschen Wetterdienstes an anderen Stellen in Deutschland ohne kerntechnische Anlagen liegen. Die in den Niederschlagsproben gemessenen Aktivitäten liegen während etwa 80 Prozent der Zeit zwischen 2- und 50fach über dem entsprechenden Grenzwert.

8. Es werden zahlreiche Zwischenfälle beschrieben, bei denen die zulässigen Grenzwerte für Radioaktivität in der Umwelt zum Teil bis zum 100 000fachen überschritten wurden.

9. Der Plutoniumgehalt der Bodenproben in Karlsruhe ist erstaunlich hoch. Er lag in den Jahren 1972—1974 bei 20—40 Prozent des für die Gesamtradioaktivität in gewöhnlichen Abfällen zulässigen Grenzwertes.

10. Das Kernforschungszentrum Karlsruhe lagerte zehn Jahre lang mindestens 600 Kubikmeter schwach radioaktiven Atom Müll in einem Altrheinarm ab. Die Grenzwerte für Radioaktivität im Boden sind in diesem Atom Müll zwischen 120- und 190fach überschritten. Neben verschiedenen anderen Nukliden enthält der Müll auch Plutonium 239. Der Atom Müll liegt nach wie vor in dem zugeschütteten Altrheinarm.

11. Die Radioaktivität in Grasproben von Ortschaften in 2—11 km Entfernung liegt um mindestens 50—160 Prozent über dem normalen Gehalt.

12. Messungen des langlebigen Jodisotops 129 (Halbwertszeit 17 Millionen Jahre) in Kuhmilch ergaben Werte, die bis zu 44 Prozent des zulässigen Höchstwertes für Jod 129 in Abwasser betragen.

13. **In zahlreichen Fällen wird nachgewiesen, daß die Ueberwachungsbehörde nicht objektiv und gewissenhaft arbeitet. In mehreren gravierenden Fällen ergibt sich der Verdacht auf bewußte und gezielte Manipulation. Es wird dargestellt, wie von der Ueberwachungsbehörde Grenzwerte falsch angegeben werden; im Falle einer Ueberschreitung der Grenzwerte diese Grenzwerte einfach durch Beschluß des Ministeriums erhöht werden; bei Feststellung erhöhter Radioaktivität die Meßprogramme so geändert werden, daß in Zukunft eine erhöhte Radioaktivität nicht mehr festgestellt wird; Meßergebnisse so unübersichtlich dargestellt werden, daß für den Betrachter eine gravierende Erhöhung der Radioaktivität nicht erkennbar ist; selbst bei einer 100 000fachen Ueberschreitung der Grenzwerte jegliche Gefährdung der Umgebung geleugnet wird; u. a.**

14. Die Jahresberichte der amtlichen Umgebungsüberwachung aller anderen kerntechnischen Anlagen und Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland werden geheimgehalten. Der Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz an der Universität Heidelberg wird eine Einsichtnahme in diese Jahresberichte von den zuständigen Ministerien verweigert. Dies

legt den Verdacht nahe, daß die in diesen Jahresberichten enthaltenen Angaben über radioaktive Kontaminationen noch gravierender sind als die hier beschriebenen im Falle Obrigheim und Karlsruhe.

(Hervorhebungen durch die Redaktion «Neue Politik», Hamburg,
15. November 1976)

Liegt den Reichen etwas an «Entwicklung»?

Industrialisierte Länder und internationale Organisationen richteten am 13. Juni 1976 ihre Aufmerksamkeit auf die Schweiz. Es war dies das erste Mal, daß ein fortgeschrittenes Land sich direkt zu einer Frage der Entwicklungspolitik äußern würde. Nach einer Verfassungsbestimmung sollten die Schweizer durch Referendum entscheiden, ob sie der Weltbank den verhältnismäßig bescheidenen Kredit von 200 Millionen Schweizerfranken für die International Development Association (IDA) gewähren wollten. Als trotz der humanitären Traditionen der neutralen Schweiz — trotz aktiver Werbung aller größeren Parteien, der Gewerkschaften und der Massenmedien, der Kredit mit 56 Prozent der Stimmen abgelehnt wurde, bekam der 13. Juni die weniger erfreuliche Bedeutung eines Schocks über die Haltung dieses reichen Landes. Es half nicht viel, daß Kommentatoren darauf hinwiesen, der Grundsatz einer Hilfe an die Entwicklung der zurückgebliebenen Völker sei durch diesen speziellen Entscheid nicht preisgegeben; außerdem hätten nur 34 Prozent der Schweizer sich dazu geäußert. Tatsache war jedoch, daß «die Stimme des Volkes» zu verstehen gab, Leute, die Steuergelder Entwicklungs-Unternehmungen zuwenden wollten, könnten nicht ohne weiteres auf Zustimmung rechnen.

Die Frage erhebt sich nun — ist die Schweiz ein Einzelfall; oder vertreten Bürger anderer reicher Länder, sei es aus Provinzlerium, Selbstsucht oder Unwissenheit ähnliche Auffassungen? Da muß man nun zugeben, daß über die Einstellung breiter Bevölkerungsschichten zur Unterstützung der zurückgebliebenen Völker sehr wenig Zuverlässiges bekannt ist. Nun sind allerdings in den letzten Jahren Umfragen durch Meinungsforschungs-Institute in dieser Richtung durchgeführt worden, die, wenn auch nicht schlüssige Antworten, doch einige interessante Punkte ergeben und im ganzen weniger pessimistisch sind als die schweizerische Abstimmung vermuten läßt.

Unter den Umfragen, die in Belgien, Kanada, Dänemark, Frankreich, in der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Norwegen und den Vereinigten Staaten erhoben wurden, trachten alle danach, den Bruchteil der Bevölkerung zu ermitteln, die grundsätzlich bereit ist, mit den Entwicklungsnationen zusammen zu arbeiten. Andere